

Elsässerstr. 19
46045 Oberhausen
Telefon: 0208 - 82 02 96
Durchwahl: 0208 - 82 02 970
Telefax: 0208 - 82 02 980
fraktion@gruene-
oberhausen.de
www.gruene-oberhausen.de
Stadtsparkasse Oberhausen
Konto-Nr.: 182 873
Bankleitzahl: 365 500 00
5 Min. vom HBF, gegenüber
dem Bert-Brecht-Haus

Haushaltserklärung der Grünen im Rat

Volker Wilke, Fraktionssprecher

**zur Verabschiedung des Haushalts 2010 in der Ratssitzung
am 23. Mai 2011**

**Wer mehr als 300 Mio. DM Auslandsschulden macht, versündigt sich am Volk der Bundesrepublik, Herr Brandt.
(Helmut Kohl)**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

Wie in den letzten Jahren macht es auch dieses Jahr Sinn, sich die Eckdaten des Haushalts in Erinnerung zu rufen. Eckdaten, die man sich immer wieder quasi gebetsmühlenartig in Erinnerung rufen muss, um sich der Dimension bewusst zu werden.

Eckdaten 2011 zu 2010

Erträgen in Höhe von 558,2 Mio. € stehen Aufwendungen in Höhe von 720,6 Mio. gegenüber. Mithin ein Loch von 162,4 Mio. € für 2011. Dies entspricht einem Deckungsgrad im Ergebnis von knapp 77%. Im Vorjahr erreichten wir lediglich einen Deckungsgrad von 74%. Eine leichte Verbesserung, aber dennoch weit entfernt von den 97 %, den die Kommunen im Bundesvergleich erreichen.

Allein die Belastung aus Zins- und Tilgung betragen 51 Mio. €. Da bleibt die Hoffnung, dass der Kämmerer im laufenden Jahr ähnlich konservativ an die Gestaltung des Haushalts 2011 gegangen ist wie in 2010. Für Zins und Tilgung waren in 2010 45,5 Mio. veranschlagt, 36 Mio. weist der Jahresabschluss 2010 aus. Noch immer kann die Stadt dabei vom niedrigen Zinsniveau profitieren. Wie gesagt, im laufenden Jahr rechnet der Kämmerer mit 51 Mio. €. Mithin eine Steigerung von 16 Mio. für Zins und Tilgung. Ende des Jahres werden wir wissen, wie die Zinsentwicklung war. Zur Veranschaulichung; ein Zinssprung um 0,8% entspricht den Kosten des Theaters Oberhausen.

Fazit: eine Verbesserung von 18,3 Mio. aus dem Ergebnis Verwaltungstätigkeit und weitere 8,5 Mio. weniger Belastung für Zins und Tilgung.

Seit der Umstellung der Kommunen auf die kaufmännische Buchführung wird auch den Politikern in Bund und Land langsam klar: Da ist erschreckend wenig Vermögen in den Kommunen, gemessen an deren Aufgaben! Die Bilanz der Stadt Oberhausen weist ein **negatives Eigenkapital** aus. Galt dies lange Zeit als Alleinstellungsmerkmal der Stadt Oberhausen ist nunmehr klar: Weitere Städte mit einem negativen Eigenkapital werden folgen.

Die Kassenkredite betragen bundesweit mittlerweile 40 Milliarden, die Hälfte davon entfällt mit 20 Milliarden auf NRW. Fast 10% davon wiederum entfallen allein auf Oberhausen.

In Oberhausen wird im laufenden Jahr mit einem Kassenkredit in Höhe von 1,55 Milliarden € gerechnet. Nimmt man die langfristigen Schulden hinzu, erreichen wir eine galoppierende **pro Kopf Verschuldung** von gut 8.000 Euro. Der demographische Wandel und der damit verbundene Rückgang der Bevölkerung wird diese Situation nicht verbessern.

Aber es gilt auch festzustellen, dass die Entwicklung der wesentlichen Einnahmefaktoren knüpft wieder an bessere Zeiten an.

Schritte zur Haushaltskonsolidierung

Auch wenn die Entwicklung der wesentlichen Einnahmefaktoren wieder an bessere Zeiten anknüpft, bleibt festzuhalten, dass die vorliegenden Gutachten der Gemeindeprüfungsanstalt zur Finanzsituation der Stadt Oberhausen, aber auch das Gutachten von Junkernheinrich und Lenk zur Rückgewinnung kommunaler Finanzautonomie verdeutlichen, dass Städte wie Oberhausen ihrer Schulden aus eigener Kraft nicht mehr Herr wird.

Rückblick: In einem ersten Schritt wurden im Jahr 2008 242 Einzelmaßnahmen beschlossen. Ziel ist es, den kommunalen Haushalt strukturell in der Größenordnung von 60 Mio. zu entlasten. In einem **zweiten Schritt** 2009 und 2010 wurde mit Unterstützung

der kommunalen Spitzenverbände, kommunal verankerter Landespolitiker, aber auch den Gewerkschaften und Kirchen die finanzielle Situation der Kommunen gegenüber Bund und Land verstärkt deutlich gemacht, um den Handlungsbedarf zur Rückgewinnung kommunaler Finanzautonomie ins Bewusstsein zu rücken. Haushaltskonsolidierung heißt nämlich auch Ross und Reiter zu nennen, wenn es einerseits Pflichtaufgaben gibt und andererseits eine entsprechende Finanzierung nicht zur Verfügung gestellt wird.

Denn nicht eine langjährige Verschwendungssucht der Städte macht den Kern der bundesweiten Tendenz bei den kommunalen Finanzen aus, sondern die **Ohnmacht der Kommunen gegenüber Bund** und Land. Die beschließen seit Jahrzehnten öffentliche Leistungen vom Kindergarten, über den Soli bis zur Grundsicherung von Langzeitarbeitslosen, für deren Umsetzung die Kommunen die finanzielle Verantwortung tragen. Meist heißt das höhere Schulden. Auffallend ist, dass gut 50% der kommunalen Zuschussbedarfe auf den Sozialbereich entfallen. Von daher ist es naheliegend, dass aufgrund der hohen fiskalischen Bedeutung, der hohen Dynamik und der verhältnismäßig geringen kommunalpolitischen Gestaltbarkeit sozialer Leistungen eine klare dem Grundsatz der Konnexität verpflichtete Finanzierungsbeitragung des Bundes notwendig ist. Im Klartext: wer die Mücke bestellt, soll sie auch zahlen!

Dabei steht der Bund als Hauptverursacher der kommunalen Finanzkrise in der Verantwortung. Der Bund muss sich stärker als bislang an den Kosten seiner eigenen Entscheidungen beteiligen. Dies heißt **eine stärkere Beteiligung an den Kosten**

- der Erwerbslosigkeit (Kosten der Unterkunft und Heizung),
- der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
- der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Einen ersten „Erfolg“ auf der Ebene des Bundes kann bei der Grundsicherung vermeldet werden. Der Bund übernimmt ab dem Jahre 2014 (2012/45%; 2013/75%) die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit. Dies bedeutet für die Kommunen in NRW eine

Entlastung von 1Mrd. €. Ketzlerisch bedeutet dies eine Beteiligung an der eigenen Rentenpolitik. Ein zu kurzer Schritt zur Deckung der von Junkernheinrich/Lenk dargestellten Finanzierungslücke von 2,15 Mrd. € allein für die NRW Kommunen.

Die Landesebene: Die neue Landesregierung hat zunächst die aus der Vergangenheit resultierenden Sparbeschlüsse im Gemeindefinanzierungsgesetz rückgängig gemacht. Allein 300 Mio. € rückwirkend für 2010. Ebenfalls wurde endlich unter erheblichem Aufschrei nicht nur des ländlichen Raumes der Verteilungsschlüssel im GFG aktualisiert. Zuletzt ist dies 2003 auf der Basis von Daten 1999 passiert. Hervorzuheben ist dabei die gestaffelte Erhöhung des Soziallastenansatzes. Für Oberhausen bedeutet dies eine Verbesserung von 22,5 Mio. € für 2011. Dies macht bereits die finanzielle Schieflage deutlich. Hätte sich bereits die alte Landesregierung zu einem solchen Schritt entschlossen, wären auch für die zurückliegenden Jahre zweistellige Millionenbeträge aus dem „Finanzausgleich“ nach Oberhausen gegangen. Spitz formuliert ist dadurch in der Summe ein dreistelliger Millionenbetrag eben nicht nach Oberhausen geflossen.

Unabhängig von den Verbesserungen im kommunalen Finanzausgleich; ohne ein Entschuldungsprogramm werden die Kassenkredite in NRW von derzeit 20 Mrd. € auf 51 Mrd. bis 2020 anwachsen. Das Land und damit die im Landtag vertretenen Fraktionen bleiben gefordert, weitere Entlastungen beim Bund einzufordern bzw. selbst zu erbringen.

Eine wesentliche Rolle werden die Belastungen für die Inanspruchnahme des Stärkungspakts Stadtfinanzen spielen:

- Es wird sicherlich ein definierter Zeitkorridor für den Abbau der Fehlbeträge vorgegeben
- Es wird mit Sicherheit ein klares Kontrollsystem für die Umsetzung bzw. Konsolidierungsziele geben
- Es wird bei Nichterfüllung u.U. mit der Bestellung eines „echten“ Beauftragten zu rechnen sein.

Mit den Ausführungen sollte nochmal deutlich gemacht werden, dass der Rat, wenn er von Haushaltsberatungen spricht, letztlich von **umfassenden Haushaltskonsolidierungsberatungen** spricht.

Aus diesem Grund sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass 25 Jahre Haushaltskonsolidierung Spuren hinterlassen.

Die Gewerbesteuer bewegt sich auf einem hohen Stand von 490%, liegt aber niedriger als z.B. in Bottrop mit 505%. Die Grundsteuer liegt ebenfalls mit 530% auf einem verhältnismäßig hohen, aber nicht außergewöhnlich hohen Niveau.

Wir haben den Oberhausener BürgerInnen zusätzliche Belastungen aufgebürdet:

- hohe Hundesteuer
- Sexsteuer eingeführt
- Zuschüsse des Theater (132 MA) reduziert, mit 38 € pro Einwohner und Jahr Zuschussbedarf liegt es deutlich unter NRW – Schnitt
Musiktheater ,1993 bereits geschlossen
- Höhere Beiträge für VHS, Bibliotheken und Musikschule
- Anhebung der Bestattungsgebühren
- Gebührenpflichtige Verkehrsicherungsmaßnahmen (Radarfalle)
- Reduzierung der Bäder von 7 auf 3
Bibliotheken (Schließung von drei Zweigstellen und Bücherbus)
- Übertragung von Sportanlagen auf Vereine
- Schulen
Grundschulen von 42 auf 39 reduziert
Hauptschulen von 7 auf 4 reduziert
- Sportstätten 52 auf 41 reduziert
- PPP gebildet (WBO/GMVA)
- Es wurden seit 1986 ca.1.000 Stellen eingespart
- Der HH-Ansatzes bei OGM wurde reduziert um:

- 2,5 Mio. im Jahr 2008
- 6,3 Mio. im Jahr 2009
- 9 Mio. im Jahr 2010

Sparen ist kein Selbstzweck

Der Rat einer Stadt ist generell zukünftigen Generation verpflichtet. Wir stehen in Verantwortung, dass Dienstleistungen und Infrastruktur generationengerecht zur Verfügung gestellt werden. Wir sind verpflichtet, das Ausgabeverhalten immer wieder zu hinterfragen und zu legitimieren. Und gerade weil wir aufgrund der dramatischen Haushaltssituation der Stadt eine Verantwortung für unsere Kinder und Enkel haben, dürfen wir nicht am falschen Ende sparen – also dort, wo die Zukunft der Kinder dieser Stadt nachhaltig geprägt wird. Es wäre falsch, z. B. bei der Förderung an Schulen mit besonders hohem Migrationshintergrund, bei der Leseförderung, der Malschule, der Sprachförderung sparen zu wollen. Es ist außerdem falsch, kleine Beträge zu kürzen, zumal wenn dadurch die gesamte Leistung wegfällt. Ähnliches gilt für Einschnitte bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, der Ausbildungsakquise sowie bei Kinder- und Jugendangeboten wie den Ferienspielen und Feriensportmaßnahmen. Ebenfalls unsinnig und kontraproduktiv sind angesichts des demografischen Wandels Kürzungen bei der Seniorenbetreuung, beim Umbau von alten und behindertengerechten Wohnungen, der Blindenzeitung u. ä. Die Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensbedingungen in den Kommunen muss „halbwegs“ gewährleistet bleiben. Warum soll es Menschen ansonsten in diese Stadt ziehen oder hier halten? Das gilt im besonderen Maße für junge Leute und Familien – oder anders gesagt – für die „Zukunft unserer Stadt“.

Ich halte also fest: Die kleinen Einsparungen, die vielen Menschen in dieser Stadt richtig weh tun würden, helfen uns nicht weiter, um die dramatische Haushaltsslage auch nur etwas zu entspannen.

Aus diesen Gründen bleiben bei uns die politischen Themen wie Bildung, Integration und lokaler Klimaschutz sehr hoch auf der Agenda.

Der **Rückgewinn von Handlungsspielräumen** auch jenseits von Spardiktaten bleibt die zentrale Aufgabenstellung. Der Ausschluss aus Landesprogrammen wie soziale Stadt, weil der Eigenanteil formal nicht dargestellt werden kann, erweist sich aus Sicht der Quartiers- und Sozialraumentwicklung als fataler Bumerang.

Abschließende kurze Schlaglichter vor dem Hintergrund geringer Bewegungsspielräume. (Kürzung Städtebauförderung, fehlender Eigenanteil)

Die eindeutige Schwerpunktsetzung im Konjunkturprogramm auf Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Bildung und Familie geht in die gleiche Richtung. (Sanierung Kinderspielplätze, Schulen und Bert-Brecht-Haus).

Aus den gleichen Gründen halten wir die Einrichtung eines **Büros für Chancengleichheit** für sinnvoll – und zwar dann, wenn die verstreuten Arbeitsfelder/Büros Integration, Bildung, Familie und Ehrenamt unter einer schlagkräftigen Einheit an gemeinsamen Projekten arbeiten. Hier sehen wir eine Reihe von Möglichkeiten, um zusätzliche Mittel der Europäischen Union für Projekte zur Chancengleichheit in dieser Stadt zu akquirieren.

Einen Qualitätssprung in der **Stadtentwicklung** wollen wir durch mehr Wettbewerb und inhaltliche Diskussion schaffen. Wir wollen damit eine Arbeitsform vorantreiben, die mit Ideenkonkurrenz und Bürgerbeteiligung nicht nur zur Qualifizierung der ‚Hardware‘ von Landschaft und Industriebranche beiträgt, sondern gleichermaßen zur Qualifizierung der ‚Software‘ der beteiligten Menschen beiträgt. .Jüngstes Beispiel: die Entwürfe für die Fläche an der Marina. Investoren sollten selbst davon überzeugt sein, dass verschiedene Entwürfe durchaus am Ende zu einer Verbesserung der Vermarktung, aber auch der Akzeptanz eines Objektes führen

können. Neben dem Städtebau und der Architektur hat dabei die Gebäudetechnik eine immer wichtigere Bedeutung.

Im gleichen Kontext steht der Beschluss der Koalition zur Umsetzung eines **Gestaltungsbeirats** auf der Tagesordnung.

Die **lokalen Klimapolitik** bleibt ein Handlungsauftrag. Mit dem Kriterienkatalog für einen Klimaschutz in der Bauleitplanung haben wir eine Grundlage für Abwägungs- und Entscheidungsprozesse geschaffen.

Freiraumplanung und Landschaftsschutz haben klare ökologische Notwendigkeiten. Wenn dies in einem zweiten Schritt auch zur Wirtschafts- und Tourismusförderung beiträgt, weil es zur Reattraktivierung der Region beiträgt, ist dies umso besser. Attraktive **Fuß- und Radwegeverbindungen** können die Alternativen in der Mobilität verbessern.

Hinsichtlich vorhandener Ansätze in der **Kreativwirtschaft** gilt es, eine begleitende aktive Unterstützung durch die Wirtschaftsförderung zu gewährleisten. Denn in der **Struktur- und Förderpolitik** ist man an eine finanzielle und programmatische Grenze gestoßen. Das bedeutet nun nicht, den Staat mit seinen Förderprogrammen aus seiner Verantwortung zu entlassen – es geht um eine Akzentverschiebung von technokratisch organisierten Förderprogrammen auf das Anstoßen, Fördern und Zulassen von Initiativen, und auf das noch stärkere Einbeziehen zivilgesellschaftlicher Gruppierungen als ‚Mitverantwortliche‘. In Zukunft wird es verstärkt darauf ankommen, die verschiedenen Einzelmaßnahmen ganz im Sinne der **Theorie des ‚Perspektivischen Stückwerks‘** beweglich mit einer Gesamtkonzeption zu koppeln. Dies gilt für die Wirtschaftsförderung als auch für die Stadtentwicklung.

Mit der Einrichtung **eines Jugendparlaments** wollen wir sicherlich einen Lernort für Beteiligung und gelebten „Parlamentarismus“

schaffen, aber auch Grundsteine für die Zukunft der ehrenamtlichen Kommunalpolitik setzen.